Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Generationen, Soziales, Kultur und Sport der Verbandsgemeinde Gerolstein

Sitzungstermin: 27.10.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Ort, Raum: Gerolstein, in der Stadthalle Rondell

ANWESENHEIT:

gesetzliche Zahl der Mitglieder: 19

Vorsitz

Herr Hans Peter Böffgen Bürgermeister

Mitglieder

Herr Dieter Bernardy

Herr Nils Böffgen

Herr Dieter Demoulin

Frau Josefine Engeln Beigeordnete

Herr Guido Häp

Herr Rudolf Heinzelmann

Frau Walfriede Kasel

Frau Annemie Keils

Frau Sabine Martinetz in Vertretung
für Philipp Sonnen

Herr Hans-Jakob Meyer

Herr Klaus Schildgen Vertretung
für Frau Monika Neumann

Frau Petra Schmidt Vertretung
für Frau Ruth Bahadori

Herr Walter Schmidt

Herr Fritz Thiel

Frau Hildegard Treitges

Frau Magdalena Winter

Beigeordnete

Herr Ewald Hansen Beigeordneter

Herr Bernhard Jüngling Erster Beigeordneter

Herr Klaus-Dieter Peters Beigeordneter

Verwaltung

Frau Heike Görres

Frau Daniela Reusch Protokollführung

Bernd Schmitz

Gäste

Frau Anne Schmitz

Zuhörer

Frau Carina Möller	stv. Ausschussmitglied
Frau Heike Plein	stv. Ausschussmitglied
Frau Resi Schmitz	stv. Ausschussmitglied

Fehlende Personen:

Mitglieder

Frau Ruth Bahadori	entschuldigt
Herr Wolfgang Bauer	entschuldigt
Herr Ingo Kloep	entschuldigt
Herr Alois Manstein	Vertretung für Herrn Wolfgang Bauer entschuldigt
Frau Monika Neumann	entschuldigt
Herr Philipp Sonnen	entschuldigt

Die Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Soziales, Kultur und Sport waren durch Einladung auf Dienstag, 27.10.2020 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Gegen die ordnungsgemäße Einberufung werden keine Einwendungen erhoben. Der Ausschuss für Generationen, Soziales, Kultur und Sport ist beschlussfähig.

Zu Tagesordnungspunkt 2 – „Einrichtung eines Seniorenbeirates in der Verbandsgemeinde Gerolstein“ wurde der Seniorenbeauftragte des Landkreises Vulkaneifel eingeladen. Aufgrund der derzeitigen Corona-Situation in der Region hat Herr Giesen seine Teilnahme abgesagt. Eine Präsentation zum Thema „Seniorenbeirat“ steht im Sitzungsdienstprogramm Session zur Einsicht zur Verfügung. Der Tagesordnungspunkt soll trotzdem behandelt werden.

Zur Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen, Änderungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einrichtung eines Seniorenbeirates in der Verbandsgemeinde Gerolstein
3. Einrichtung eines Jugendparlaments
4. Vorstellung neue Jugendpflegerin
5. Vorstellung Konzeption der Arbeitsgemeinschaft Jugend e.V. im Gerolsteiner Land
6. Informationen / Verschiedenes

Protokoll:

TOP 1: Niederschrift der letzten Sitzung
Vorlage: 1-2776/20/01-239

Sachverhalt:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales, Kultur und Sport vom 07.11.2019 ist allen Ratsmitgliedern zugegangen. Ergänzungen oder Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

TOP 2: Einrichtung eines Seniorenbeirates in der Verbandsgemeinde Gerolstein
Vorlage: 3-0153/19/01-178

Sachverhalt:

In der fusionierten Verbandsgemeinde Gerolstein sollte der Seniorenarbeit ein höherer Stellenwert eingeräumt werden, als dies in den früheren, kleineren Einheiten möglich war. Der VG-Rat hat die Bedeutung der Arbeit für die unterschiedlichen Generationen bereits durch die Bildung eines Ausschusses für „Generationen, Soziales, Kultur und Sport“ hervorgehoben.

Damit die Belange wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in der Kommunalpolitik bzw. in der Verwaltungsarbeit Berücksichtigung finden, können Gemeinden / Verbandsgemeinden auf Grundlage von § 56 a GemO entsprechende „Beiräte“ einsetzen.

Es handelt sich hierbei um keine Verpflichtung. Voraussetzung für die Neugründung ist der Erlass einer Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates.

Auszug §56 a GemO:

- (1) In einer Gemeinde können aufgrund einer Satzung Beiräte für gesellschaftlich bedeutsame Gruppen, insbesondere ein Beirat für ältere Menschen und ein Beirat für behinderte Menschen eingerichtet werden. In der Satzung ist im Rahmen der Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde das Nähere über die Beiräte, insbesondere über deren Aufgaben, deren Bildung, ihre Mitglieder und den Vorsitz zu regeln. Soweit der Gemeinderat nichts anderes bestimmt, gelten für die Beiräte die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Gemeinderats entsprechend.
- (2) Die Beiräte können über alle Angelegenheiten beraten, die die Belange der von ihnen vertretenen gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen berühren. Gegenüber den Organen der Gemeinde können sie sich hierzu äußern, soweit Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde betroffen sind.
- (3) Auf Antrag eines Beirats hat der Bürgermeister Angelegenheiten im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates soll bestimmen, in welcher Form Mitglieder der Beiräte im Rahmen ihrer Aufgaben an Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse teilnehmen.

Zielsetzung und Aufgaben:

- Mitwirkung bei kommunalpolitischen Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen
- Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren
- Beratungsfunktion
- Anregungen und Empfehlungen an Behörden und Verbände zu Gunsten älterer Mitbürger
- Förderung Erfahrungsaustausch, Meinungsbildung und Koordinierung von Maßnahmen, die ältere Bürger betreffen
- Aktive Gestaltung und Förderung des Gemeinwesens
- Dialog suchen mit den anderen Generationen

Bildung:

- Angesprochen sollten alle Menschen über 60 Jahre sein
- Gewählt werden sollen vorwiegend Einwohnerinnen und Einwohner über 60 Jahre
- Evtl. noch Mitarbeiter von Kirchen, Sozialverbänden pp.
- Über das Wahlverfahren entscheidet die betroffene Gebietskörperschaft

Notwendige Rahmenbedingungen:

Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Organen der Gebietskörperschaft und dem Beirat ist unerlässlich. Es empfiehlt sich, einen Vertreter der Verwaltung beratend an den Sitzungen des Seniorenbeirats teilnehmen zu lassen. Umgekehrt sollte der Seniorenbeirat zu relevanten Themen vom Rat/Ausschuss/Bürgermeister gehört werden und frühzeitig über die Planungen und anstehende kommunalpolitische Entscheidungen, die das Leben älterer Menschen betreffen, unterrichtet werden (§ 35 Abs. 2 GemO).

Der Seniorenbeirat arbeitet ehrenamtlich und erwartet keine Entschädigung. Benötigt wird jedoch die Bereitstellung von geeigneten Räumen und notwendigen Mitteln für die Organisation der Arbeit.

Dies kann dadurch erfolgen, dass die Verwaltung Schreib- und Kopiermöglichkeiten sowie einen E-Mail-Anschluss zur Verfügung stellt.

Es wird im Ausschuss die Frage diskutiert, ob Menschen mit Beeinträchtigung in den zukünftigen Seniorenbeirat vor dem Hintergrund eingeschlossen werden sollen, dass es sicherlich oftmals gleichartige Aspekte zu besprechen gibt. Dem wird entgegengehalten, dass auch Menschen anderer Altersgruppen (z.B. Kinder und Jugendliche) Handicaps haben und insofern ein eigener Beirat/Beauftragter erforderlich sei.

Der „Ausschuss für Generationen, Soziales, Kultur und Sport“ begrüßt die Einrichtung eines Seniorenbeirates auf der Ebene der Verbandsgemeinde. Es soll ein Aufruf über die geplante Neueinrichtung geschaltet werden, mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit zu gewinnen; es wird keine Altersbeschränkung vorgegeben. Die Fraktionen werden ebenfalls gebeten, geeignete Personen gezielt anzusprechen. Über den Rücklauf auf die Ausschreibung sollen die Fraktionen informiert werden. Sodann wird in Zusammenarbeit mit den gewonnenen Personen eine Satzung entworfen werden.

Im zweiten Schritt möchte man die Zielgruppe Menschen mit Beeinträchtigung angehen.

TOP 3: Einrichtung eines Jugendparlaments
Vorlage: 3-0169/19/01-238**Sachverhalt:**

Mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales, Kultur und Sport des Verbandsgemeinderates am 27.10.2020 wurden bereits die zwei eingereichten Konzeptvorschläge der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen CDU/FWG/Bündnis 90-Grüne versandt.

Beide Konzeptvorschläge haben die gleichen Ziele, wie z.B. den Jugendlichen die Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, folgende wesentliche Unterschiede sind jedoch festzustellen.

Zudem ist die Empfehlung der Verwaltung aufgeführt:

	SPD	CDU, FWG, Bündnis 90 / Die Grünen	Vorschlag der Verwaltung:
Anzahl der Mitglieder	20	21	18
Amtszeit	Legislaturperiode des Verbandsgemeinderates	2 Jahre	3 Jahre
Zusammensetzung / Wahl	nach der Sitzverteilung im VG-Rat auf Vorschlag der Fraktionen erfolgt die Meldung der Besetzung im Wechsel	Mehrheitswahl durch 12- bis 18-jährige	nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit einem Wahlvorschlag / die Wahl erfolgt im Wege der Briefwahl
angesprochene Altersklasse	14- bis 26-jährige können berufen werden, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der VG haben	12- bis 18-jährige können gewählt werden, die ihren Hauptwohnsitz in der VG haben	14- bis 21-jährige können gewählt werden, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der VG haben
Anzahl der Sitzungen	4 bis 6 im Jahr	ca. 5 Sitzungen	nach Bedarf, möglichst jedoch einmal im Quartal
Politischer Status	Ausschuss oder Arbeitsgruppe, mit der Aufgabe, Empfehlungen und Vorschläge an den Rat und Ausschüsse weiterzugeben	gewählte Interessenvertretung, die an den Rat bzw. Ausschüsse Empfehlungen, Anregungen, Stellungnahmen abgeben kann; ebenso kann sie Anträge zur Beschlussfassung vorlegen; Anträge sowie Informationen bei VGV	
Finanzielle Kompetenzen	Keine Angabe	8.000 € / Jahr als selbstverwaltetes Budget	
Personeller und sachlicher Aufwand für die Verwaltung	gering	Einrichtung einer „Geschäftsstelle“; Unterstützung durch (externe) pädagogische Begleitung (in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis ?)	Grundsätzliche Selbstverwaltung durch die Jugendlichen; Unterstützung durch eine „Geschäftsstelle“ in der Verwaltung sowie durch die regionale Jugendpflege

Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, entsprechend der Beschlusslage des Ausschusses vom 18.06.2019, die für die Jugendarbeit auf VG-Ebene zuständigen Mitarbeiter/innen mit in die Konzeptentwicklung für ein Jugendparlament und dessen Umsetzung einzubeziehen.

Vorschlag der Verwaltung:

In Anlehnung der Mitgliederzahl der Ausschüsse der Verbandsgemeinde Gerolstein wird eine Ausschussgröße von 18 Mitgliedern empfohlen. Die Wahlperiode soll 3 Jahre betragen. Bewerber für eine Mitgliedschaft im Jugendparlament können über eine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt, Aushang in den Schulen der Verbandsgemeinde, Presseauftrufe bzw. Veröffentlichung im Internet / Facebook geworben werden.

Die Mitglieder der Jugendvertretung werden nach Grundsätzen der Mehrheitswahl mit einem Wahlvorschlag in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählt. Wahlberechtigt ist jede Person, die am Tage der Wahl das 14. Lebensjahr, aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat und in der Verbandsgemeinde Gerolstein gemeldet ist (Haupt- und Nebenwohnsitz). Studenten, welche sich in Ihrer Heimat kommunalpolitisch engagieren wollen, finden somit Berücksichtigung. Die Heimatverbundenheit wird dadurch gestärkt.

Die Mitglieder der Jugendvertretung werden im Wege der Briefwahl gewählt. Alle Wahlberechtigten erhalten somit frühzeitig einen Stimmzettel mit Wahlumschlag, der bis spätestens zum Wahltag, 12:00 Uhr, bei der Verbandsgemeindeverwaltung zugestellt sein muss.

Bürgermeister Hans Peter Böffgen informiert von seinem heutigen Besuch bei der VGV Arzfeld, die bereits seit 2012 ein Jugendparlament eingerichtet haben. Der dortige Bürgermeister Andreas Kruppert berichtete von den guten Erfahrungen. Um auch Studenten zu gewinnen, wird bei der Wahlberechtigung/Wählbarkeit auf den Haupt- und Nebenwohnsitz abgestellt. In der Regel verbleiben einige Mitglieder mehr als eine Amtszeit im Gremium und können auch für neue Mitglieder werben; außerdem ist so eine gewisse Kontinuität zu verzeichnen. U.a. werden Fahrten organisiert, die z.B. nach Berlin zum Bundestag führen. Die nächste (Brief-)Wahl findet im nächsten Jahr statt und wird mit der Landtagswahl am 14. März 2021 verknüpft. Ziel von Bürgermeister Hans Peter Böffgen ist es, bis zum 31.12.2020 einen Wahlvorschlag zusammenzustellen und auch zur Landtagswahl die Wahl des Jugendparlamentes in Form einer Mehrheitswahl mit Wahlvorschlag durchzuführen. Nach Abfrage beim Einwohnermeldeamt sind in der VG Gerolstein im Alter von 14 – 21 rd. 2.100 Personen wohnhaft.

Die beiden vorliegenden Konzeptvorschläge der Fraktionen werden dem Ausschuss vorgestellt.

Ausschussmitglied Nils Böffgen als Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, der Aspekte beider Fraktions-Konzeptvorschläge vereint. Insbesondere die Tatsache, dass auch der Nebenwohnsitz zur Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit berechtigt und somit Studenten, die lediglich einen Nebenwohnsitz in der VG Gerolstein haben, integriert sind, wird positiv aufgenommen. Aufgrund dessen zieht er den Antrag der SPD zurück und stellt einen Änderungsantrag zum Vorschlag der Verwaltung auf Erhöhung der Anzahl der Mitglieder auf 20 Personen.

Ausschussmitglied Klaus Schildgen als Vertreter der CDU-Fraktion und Sprecher des gemeinsamen Vorschlags der CDU/FWG/Bündnis 90 – Die Grünen plädiert insbesondere dafür, dass Parteien keine Rolle spielen. Darüber hinaus ist die Begleitung des Jugendparlamentes durch eine pädagogische Fachkraft von Wichtigkeit. Er plädiert für die Bildung eines Arbeitskreises, dem aus jeder Fraktion ein Vertreter angehören soll. Aus seiner Sicht kann in der heutigen Ausschusssitzung keine Einigung zu verschiedenen Eckpunkten erzielt werden.

In der nachfolgenden Beratung wird insbesondere die angesprochene Altersklasse diskutiert, die in den Vorschlägen von 12 – 14 Jahren und 18 – 24 Jahren variiert. Es wird ersichtlich, dass es Für und Wider für die Altersbeschränkungen gibt. In den Gymnasien wird beispielsweise das Fach Sozialkunde erst ab der 9. Klasse (ca. 14 Jahre) unterrichtet; in der Grund- und Realschule Plus gibt es bereits ab der 5. Klasse ein Gemeinschaftskundefach, welches Sozialkunde beinhaltet. Für das 18. Lebensjahr spricht, dass ab dann die Personen nach dem Wahlrecht wahlberechtigt sind und in anderer Form politisch mitwirken können. Bei einer Amtszeit von drei Jahren würden Personen, die bei der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, am

Ende der Amtszeit das 21. Lebensjahr vollendet haben; insofern würde die Altersklasse indirekt auf diese Weise ausgedehnt werden. Auch die Tatsache, dass ältere Jugendliche oftmals andere Interessen verfolgen, spricht für die Beschränkung der Wählbarkeit auf das 18. Lebensjahr. Andererseits ist die Lebenserfahrung evtl. älterer Jugendlicher und eine Durchmischung des Parlamentes von Vorteil.

Unter dem Aspekt der Begleitung durch eine pädagogische Fachkraft wird angesprochen, dass die eingestellte Jugendpflegerin, die für diese Tätigkeit nur eine 0,5-Stelle hat, aus zeitlichen Gründen keinesfalls das Jugendparlament begleiten kann. Ggfs. hat Lehrpersonal der Schulen Interesse, die Jugendlichen zu unterstützen.

Es wird darauf hingewiesen, dass viele Jugendliche nicht über die Schulen, die in der VG Gerolstein ansässig sind, erreichbar sind. Den Schulen wird insgesamt eine große Rolle zur Motivierung der Jugendlichen zugesprochen.

Carina Möller, Schulleiterin der GRS+ Jünkerath, erläutert, dass durch die Änderung des Schulgesetzes bereits in der Grundschule Wahlen von Schülervertretungen stattfinden, so dass bereits in diesen Altersklassen die Kinder an Wahlen herangeführt werden sollen. Die Wahl des Jugendparlamentes an einem „richtigen“ Wahltag durchzuführen und die Jugendlichen in der Form an das Wahlumfeld heranzuführen, hält sie für sehr lehrreich. Im Hinblick auf die wichtige Rolle der Schulen kann in der Schulträgereausschusssitzung am 03.11.2020 über die geplante Einrichtung eines Jugendparlamentes berichtet werden.

Der Ausschuss spricht sich für die Bildung eines Arbeitskreises aus. Um die Eckpunkte für die Erstellung eines Satzungsentwurfs „Einrichtung eines Jugendparlamentes in der Verbandsgemeinde Gerolstein“ (u.a. Anzahl der Mitglieder, Amtszeit, Zusammensetzung / Wahl, angesprochene Altersklasse, Sitzungsgeld) vorzubereiten, wird der Arbeitskreis - bestehend aus folgenden Personen -

- Klaus Schildgen, CDU
- Nils Böffgen, SPD
- Walfriede Kasel, FWG
- Resi Schmitz, Grüne
- Guido Häp, FDP

sich am 24.11.2020 mit der Verwaltung treffen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die voraussichtlichen Kosten für die Durchführung einer Wahl (2.000 Wahlberechtigte) belaufen sich auf ca. 5.700 Euro. Zusätzliche laufende Kosten innerhalb der Wahlperiode können nicht beziffert werden.

Sofern finanzielle Kompetenzen beschlossen werden, sind diese im Haushalt der Verbandsgemeinde Gerolstein zu berücksichtigen.

TOP 4: Vorstellung neue Jugendpflegerin Vorlage: 3-0217/20/01-464

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Kultur, Soziales und Sport am 18.06.2019 wurde beschlossen, dass es notwendig ist, in der Verbandsgemeinde Gerolstein eine Fachkraft über die bestehenden Angebote hinaus zu beschäftigen.

Zum 01.04.2020 konnte Frau Anne Schmitz als neue Jugendpflegerin eingestellt werden. Ihre Tätigkeit der Jugendpflegerin umfasst eine 0,5 Stelle; ihre restliche 0,5 Stelle ist dem Haus der Jugend Hillesheim

zugeordnet. Frau Schmitz stellt sich in der Sitzung vor und erläutert ihre Konzeption für das Haus der Jugend Hillesheim und für die Zusammenarbeit mit den Ortsgemeinden bzw. Jugendgruppen. Bisher konnte sich Frau Schmitz (wie vereinbart) aus zeitlichen Gründen nur auf den Bereich der ehemaligen VG Hillesheim konzentrieren und hat dort bereits einige Aktivitäten anbieten können. Eine Ausweitung auf den Bereich der ehem. VG Obere Kyll ist in naher Zukunft vorgesehen. Trotz der Schwierigkeiten in der Corona-Situation konnte Frau Schmitz in ihren 14 Arbeitswochen bereits 120 Jugendliche erreichen.

Einzelne Ausschussmitglieder berichten über positive Rückmeldungen, die sie über die Arbeit der Jugendpflegerin erhalten haben.

Ausschussmitglied Dieter Demoulin appelliert an seine Kreistagskollegen, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 des Kreistages für die Aufstockung der dort ansässigen Jugendpflege von 0,5 Stellen auf 1,0 Stellen auszusprechen.

Finanzielle Auswirkungen:

In der Sitzung am 08.08.2019 hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, dass die Verbandsgemeinde die nach Abzug der Landes- und Kreiszuschüsse verbleibenden Personalkosten übernimmt.

Jährliche Personalkosten	60.000 €
Kreiszuschuss	4.000 €
Landeszuschuss	18.420 €
Verbandsgemeinde Gerolstein	37.580 €

TOP 5: Vorstellung Konzeption der Arbeitsgemeinschaft Jugend e.V. im Gerolsteiner Land Vorlage: 3-0179/20/01-307

Sachverhalt:

Im November 2019 hat sich der „Offene Jugendtreff e.V. Hillesheim“ und die „Arbeitsgemeinschaft Jugend e.V. Gerolstein“ zur neuen „Arbeitsgemeinschaft Jugend e.V. im Gerolsteiner Land“ zusammengeschlossen. Vorsitzender des Vereins ist Herr Klaus Schildgen; seine Stellvertreter sind Herr Dieter Bernardy und Frau Walfriede Kasel.

Es war vorgesehen, dass Frau Hens, Leiterin des Haus der Jugend, die Konzeption der neuen „Arbeitsgemeinschaft Jugend e.V. im Gerolsteiner Land“ vorstellt und über die Tätigkeiten in 2019 und 2020 und die Planungen für 2021 berichtet. Frau Hens hat sich für die Sitzung entschuldigt.

Vorsitzender Klaus Schildgen berichtet kurz über die Jugendarbeit, die zu den Schulen und Vereinen eine Ergänzung sein soll. Neben der Leitung Frau Hens (1,0 Stelle) sind noch Frau Füten (1,0 Stelle) und Frau Schmitz (0,5 Stelle) in den Häusern der Jugend tätig. Frau Füten befindet sich in Elternzeit; eine Stellenausschreibung läuft derzeit. Bei normalen Öffnungszeiten waren im Haus der Jugend Hillesheim bis zu 25 Jugendliche anzutreffen; in Gerolstein rd. 30. In Zeiten des Flüchtlingszustroms waren aus diesem Bereich auch eine Vielzahl an Jugendlichen zu verzeichnen.

Sachverhalt:

- **Kulturförderung**

Ausschussmitglied Fritz Thiel weist darauf hin, dass das Thema „Kultur“ in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt wurde. Initiativen seien in der jetzigen Corona-Situation schwer umsetzbar, doch sollte man ein Augenmerk auf die Förderung der Kultur setzen. Er plädiert für die Einrichtung eines festen Tagesordnungspunktes auf jeder Ausschusssitzung, unter dem sich Kultur-Initiativen vorstellen können, z.B. Netzwerktreffen Kultur des Landkreises oder die Musikschule.

Bürgermeister Hans Peter Böffgen informiert, dass im nächsten Jahr kein „Tatort Eifel“ im bisher bekannten Umfang stattfinden wird, da die Referenten bereits jetzt gebucht werden müssten und aufgrund der Corona-Situation nicht vorhersehbar sei, inwiefern die Veranstaltung in der Größe durchführbar ist. Voraussichtlich wird das Event in kleinerem Kreis in Hillesheim stattfinden. Zukünftig könnte ein jährlicher Wechsel zwischen Daun und Hillesheim in Frage kommen.

Außerdem werden zwei Veranstaltungen des Eifel-Literatur-Festivals im Gerolsteiner Rondell stattfinden.

- **Vereinsförderung**

Ausschussmitglied Hans-Jakob Meyer fragt nach finanzieller Unterstützung von Vereinen in den schwierigen Zeiten von Corona. Durch den Landkreis Vulkaneifel und das Land Rheinland-Pfalz sind Förderungen möglich. Die Verbandsgemeinde Gerolstein unterstützt die Vereine nach den bestehenden Richtlinien nur für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

.....
gez. Hans Peter Böffgen
Hans Peter Böffgen
(Vorsitzender)

.....
gez. Daniela Reusch
Daniela Reusch
(Protokollführerin)